



Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt
11012 Berlin

Herrn Fraktionsvorsitzenden Ralph Brinkhaus
Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion

Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rolf Mützenich
Vorsitzender der SPD-Fraktion

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

25. Februar 2021

Offener Brief: Kontinuität und Stabilität statt „Auf“ und „Ab“

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Brinkhaus,
sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Mützenich,

das Corona-Virus hat unser Land nunmehr seit zwölf Monaten fest im Griff – die Menschen, aber auch die Unternehmen sind an der Grenze ihrer Belastbarkeit. Seit Monaten werden Regeln – allein ausgehend vom aktuellen Infektionsgeschehen auf Verordnungsbasis aufgestellt – unser Leben folgt im Zwei- bis Drei-Wochen-Rhythmus den Inzidenzwerten. Diese Entwicklung hält die Wirtschaft unseres Landes nicht länger aus – und die Menschen werden dies nicht länger akzeptieren. Auf Sicht fahrende Unternehmer und verunsicherte Menschen fühlen sich vom gesellschaftlichen Miteinander zunehmend ausgeschlossen. Hohe Steuern, massive Sozialabgaben, überbordende Bürokratie und eine teilweise in den Kinderschuhen steckende Digitalisierung werden unser Land in eine wirtschaftliche Abwärtsspirale führen. Beschleunigend wirken dabei das schwindende Vertrauen in eine solide Finanzpolitik und die zunehmende Angst um die Stabilität unserer Währung.

Aus der Sorge um unsere Gesellschaft sowie unsere wirtschaftliche Basis wenden wir uns im Namen der gesamten sächsischen Wirtschaft an Sie und fordern einen Paradigmenwechsel von der Kultur der Verbote und Einschränkungen hin zu einer Kultur des Ermöglichens und der Eigenverantwortung der Menschen im Land. Treffen Sie jetzt die Entscheidungen mit Blick auf die Zukunft und nicht nur mit Blick auf Inzidenzwerte.

Die Bundesrepublik braucht eine klare Strategie für ein Leben mit dem Corona-Virus. Ein ständiges Auf und Ab, ein ständiger Wechsel zwischen Lockdown und Lockerungen verhindern die Berechenbarkeit des wirtschaftlichen Agierens. In Anbetracht der noch unbefriedigenden Fortschritte im Bereich der Impfung und der Ausprägung einer Herdenimmunität braucht es eine Strategie im Kontext „Testung-Impfung-Nachverfolgung“, die den Menschen auch wirtschaftlich ein Leben ermöglicht. In der Beurteilung der Situation sollten Entscheidungen nicht nur allein an Infektionswerten, sondern auch an den Belastungen des Gesundheitssystems mit objektiven Kriterien, wie der Auslastung der Intensivbetten, geknüpft werden. Ein „Weiter so“ wird dazu führen, dass Krankheiten zu spät erkannt oder verschleppt werden und mit einem Anstieg psychischer Erkrankungen, wie etwa Depressionen und somatischer Beschwerden, zu rechnen ist, was sich gleichermaßen auf die körperliche Gesundheit von Kindern und Erwachsenen auswirkt. Überdies ist schon jetzt eine Zunahme von Gewalt in der Familie und Vereinsamung mit deren Folgen, insbesondere bei der älteren Bevölkerung, zu verzeichnen. Das Ziel der Politik muss die Sicherung eines weitestgehend normalen Lebens und nicht die Verfestigung des Lockdowns sein. Hierfür sollten feste und tatsächlich erreichbare Parameter für die Freiheitsgrade zu Grunde gelegt werden, die den Menschen vermittelbar sind. Freiheit ist die eigentliche Triebkraft für mutige unternehmerische Entscheidungen. Schuldzuweisungen an einzelne Branchen und willkürliche Schließungen von Unternehmen ohne wissenschaftlich belegte Evidenz von Infektionsrisiken (wie z. B. bei Friseuren und in der Gastronomie geschehen) müssen endgültig der Vergangenheit angehören. Gleiches gilt für willkürliche Grenzschließungen, die einer Kapitulation der Europäischen Union in Anbetracht der Pandemie gleichkommen.

Mit Sorge erfüllt uns auch die Situation im Bildungssystem – unser Land droht durch lange Schulschließungen, ungenügende technische Ausstattung und eine auch nach einem Jahr fehlende digitale Umsetzung des Unterrichts der Verlust ganzer Jahrgänge von jungen Menschen. Wir brauchen im Bereich der Bildung keine weiteren Gipfel, sondern umgehend Investitionen und klare Digitalkonzepte für alle Schulformen einschließlich der Berufsorientierung.

Teile der Wirtschaft haben durch die Pandemie erheblich gelitten – dies kann durch Hilfen nur bedingt gelindert werden. Die schleppende Auszahlung und die desaströse technische Umsetzung der Programme haben entscheidende Bremsspuren hinterlassen – Unternehmer mussten ihre Rücklagen angreifen. Altersversorgungsverträge werden liquidiert und Kleinunternehmer beantragen inzwischen Grundsicherung Hartz IV. Viele Betroffene leben in Scham und sprechen nicht über ihre prekäre Situation. Die Bürokratie tut ihr Übriges und entwürdigt diese Menschen weiter. Unternehmer wollen etwas unternehmen und sich nicht zum Bittsteller um staatliche Finanztransfers degradieren lassen.

Die Bundesrepublik braucht Signale des Wandels und eine Rückbesinnung auf die soziale Marktwirtschaft, die dieses Land erfolgreich gemacht hat. Die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen des deutschen Bundestages werden aufgefordert:

- Machen Sie Mögliches möglich. Nur damit fördern Sie unternehmerische Freiheit, um die Kräfte der wirtschaftlichen Belebung zu entfesseln.
- Kehren Sie zu einem schlanken Staat zurück, in dem entwürdigende Bürokratie für Unternehmer und Bürger ab sofort der Vergangenheit angehört.

- Geben Sie unternehmerische Anreize nicht durch Geld sondern durch Freiheit. Vertrauen Sie unseren Unternehmerinnen und Unternehmern und lösen Sie alle hemmenden Fesseln, die uns gegenwärtig daran hindern, sinnvolle und nachhaltige unternehmerische Entscheidungen zu treffen.

Die sächsische Wirtschaft erwartet eine Strategie zur Rückkehr in die gesellschaftliche und wirtschaftliche Normalität – nicht im Sinne eines Privilegs, sondern zur Wahrung der im Grundgesetz verbrieften Rechte.

Mit freundlichen Grüßen



Frank Wagner
Präsident
Handwerkskammer Chemnitz



Claus Gröhn
Präsident
Handwerkskammer zu Leipzig



Dr. Jörg Dittrich
Präsident
Handwerkskammer Dresden



Dr. h. c. Dieter Pfortner
Präsident
IHK Chemnitz



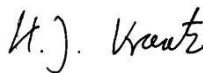
Kristian Kirpal
Präsident
IHK zu Leipzig



Dr. Andreas Sperl
Präsident
IHK Dresden



Erik Bodendieck
Präsident
Sächsische Landesärztekammer



Hans-Joachim Kraatz
Präsident
Landesverband der Freien
Berufe Sachsen e.V.



Dietrich Enk
Präsident
Unternehmerverband
Sachsen e. V.



Dr. Jörg Brückner
Präsident
Vereinigung der
Sächsischen Wirtschaft e. V.

Handwerkskammer Dresden
Am Lagerplatz 8
01099 Dresden

praesident@hwk-dresden.de
www.hwk-dresden.de